

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/54

18. März 1977

Auge und Ohr des Parlaments in der Truppe

Stellungnahme zum Bericht des Wehrbeauftragten

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses und stellv.
Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-
Fraktion

Seite 1 und 2 / 83 Zeilen

Bericht: ja - Meinung: nein?

CDU-Medienexperte bringt die beiden Aufgaben des
Journalismus durcheinander

Von Dieter Lattmann MdB

Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand

Seite 3 / 31 Zeilen

Bürgerdialog zur Energiepolitik

Aufgabe und Chance für die politischen Parteien

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der
SPD-Fraktion

Seite 4 und 5 / 53 Zeilen

Offenheit fördert die Freundschaft

Georg Leber hat in den USA für Klarheit gesorgt

Seite 6 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Holmut G. Schmidt

Heizelallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-221
Telefon: 21 80 06/39
Telex: 08 98 646-48 ppan d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376811
5300 Bonn-Bad Godesberg

Auge und Ohr des Parlaments in der Truppe

Stellungnahme zum Bericht des Wehrbeauftragten

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses und stellv.

Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Fraktion

Der Jahresbericht 1976 des Wehrbeauftragten zeichnet sich durch Prägnanz und Kürze aus. Der Wehrbeauftragte tritt nicht als Lehrmeister der Truppe auf, sondern er erfüllt seine Aufgabe als "Auge und Ohr des Parlaments in der Truppe", wie es Fritz Eiler formulierte.

Die im Anhang ausgewiesenen Truppenbesuche, Informationsgespräche mit in- und ausländischen Dienststellen und mit Wissenschaftlern sowie Vorträge vor verschiedenen Gremien zeugen nicht nur davon, daß dieser Wehrbeauftragte seine Sache ernst nimmt und mit viel Fleiß ein großes Arbeitspensum bewältigt. Es weist ihn auch zugleich als einen Mann aus, der über eine große praktische Erfahrung verfügt und somit die Bundeswehr und vor allem die Sorgen und Nöte der einzelnen Soldaten unmittelbar kennt und versteht. Deshalb begreift sich der Wehrbeauftragte in erster Linie als Zuarbeiter für das Parlament. Die sachlich konkreten Vorschläge und Hinweise jeweils am Ende der einzelnen Abschnitte sollten vom Bundestag und insbesondere vom Verteidigungsausschuß als Arbeitsmaterial und Grundlage für gesetzliche Verbesserungen auf den verschiedenen Gebieten verwendet werden.

Einen besonderen Schwerpunkt bilden in dem Bericht die Themen "Innere Führung" und "Politische Bildung in der Bundeswehr". In den Berichtszeitraum fallen unter anderem auch die Vorgänge von Bremgarten. Andere Einzelvorstöße gegen den Geist einer Armee in der Demokratie sind dem Wehrbeauftragten sicher nicht unbekannt. Der Bericht gibt zwar keine additive Zusammenstellung über solche kritikwürdigen Vorkommnisse, aber der Wehrbeauftragte zeigt Wege auf, die zu einer Intensivierung gerade dieser wichtigen Aufgabe in der Truppe führen.

In diesem Zusammenhang müssen auch die beiden bedeutsamen Reden von Bundesverteidigungsminister Leber und des Wehrbeauftragten Karl Wilhelm Berkhan aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der Schule der Bundeswehr für innere Führung am 8. März 1977 in Koblenz gestellt werden. Danach muß innere Führung ständige Lebens-, Arbeits- und Führungsform in der Truppe sein, und die politische Bildung muß trotz aller bekannten Schwierigkeiten verdeutlicht und konkretisiert werden. Der Schule für innere Führung kommt in diesem Sinne eine besondere Rolle zu. Sie muß als Begegnungsstätte für Praktiker und Theoretiker erreichen, "daß die Resultate solcher Begegnungen - insbesondere auch mit Politikern - rascher und für die Soldaten daher eher nutzbar ihren Weg in die Truppe finden".

Dies heißt: Die Schule für innere Führung muß unmittelbar auf die Truppe zugehen. Sie sollte nicht nur in einer abgehobenen Form Lehrgangsteilnehmer aus der Truppe aufnehmen, sondern sie muß auch unmittelbar in die Truppe wirken. Dazu ist es erforderlich, daß gebrauchsfertige und

einsetzfähige Bausteine für die Truppenpraxis entwickelt werden, um dem oft überforderten Truppenführer konkrete Hilfe zu gewähren. Den Kriterien bei der Auswahl des Vorgesetzten und bei seiner Beförderung sollten nicht nur Beurteilungen technischer Art zugrunde liegen, sondern auch der Willen und die Fähigkeit wie innere Führung praktiziert und politische Bildung in der jeweiligen Einheit durchgeführt wird.

In diesem Zusammenhang gehören auch Ausführungen im Bericht des Wehrbeauftragten über die Mitbeteiligung und die Mitwirkungsrechte der Soldaten bzw. ihrer gewählten Vertreter, der Vertrauensmänner. Das Parlament sollte den Vorschlag des Wehrbeauftragten aufgreifen, die §§ 35 und 35 a des Soldatengesetzes dahingehend zu ändern, daß auch in Dienststellen, in denen Soldatenvertreter nach dem Personalvertretungsgesetz gewählt werden, die dort eingesetzten Mannschaften ihre Vertrauensmänner nach dem Vertrauensmännerwahlgesetz wählen, zumal es im Bereich des Bundesgrenzschutzes und bei den Polizeivollzugsbeamten eine ähnliche Regelung gab.

Der Ausbildung der Unteroffiziere wird vom Wehrbeauftragten besonderer Rang eingeräumt. Er regt an, die inhaltliche Gestaltung der Ausbildung noch stärker auf die Bewältigung der vielfältigen Führungsaufgaben der jungen Unteroffiziere abzustellen. Darüber hinaus sollte vermieden werden, den kurzdienenden Unteroffizier in Doppelfunktionen einzusetzen, die ihn gleichzeitig in technisch-administrativen wie in Führungs- und Ausbildungsaufgaben beanspruchen.

Wenn auch die Unerfahrenheit der jungen Offiziere als eine mittelbare Folge der angespannten Nachwuchslage und der deshalb verkürzten Ausbildungsdauer zunächst hinzunehmen sei, so möchte der Wehrbeauftragte dem Bundesminister der Verteidigung dennoch in Erinnerung bringen: Im militärischen Alltag hat es der Soldat wesentlich häufiger mit seinem Truppenführer als mit seinem Kompaniechef oder seinem Bataillonskommandeur zu tun. Das Bild der Soldaten vom Vorgesetzten orientiert sich weitgehend am Verhalten der Gruppenführer. Diese sind entgegen ihrer besonders schwierigen Situation am kürzesten und unzureichendsten für ihren Auftrag ausgebildet.

Insgesamt gibt der Bericht des Wehrbeauftragten auch in den anderen Bereichen, wie beispielsweise in den Ausführungen über die Bundeswehrhochschulen, über die Wehrdisziplinarordnung, über die Personalstruktur der Bundeswehr und über Fürsorgeprobleme eine gute Analyse und brauchbare Hinweise und Anregungen für die parlamentarische Arbeit. Es liegt nun am Bundestag - und hier in erster Linie am Verteidigungsausschuß, auf dieser Grundlage die notwendigen Initiativen zu ergreifen, damit die Arbeit des Wehrbeauftragten als Organ des deutschen Parlamentes auch in der Truppe ihren positiven Niederschlag findet.

(-/18.3.1977/bgy/1e)

+ + +

Bericht: ja - Meinung: nein ?

CDU-Medienexperte bringt die beiden Aufgaben des Journalismus durcheinander

Von Dieter Lattmann MdB

Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand

Mitten in das Klima von vielerorts ohnehin eingeschränkter Meinungsfreiheit in einer Medienlandschaft, in der mächtige Kräfte die beteiligten Individuen immer mehr auf blosses Obrigkeitdenken und Autoritäts-Mitläufertum hinorientieren wollen, platzt ein weiteres Interview des CDU-Medienexperten Christian Schwarz-Schilling, das er am 17. März dpa gab. Seine Forderung unter anderem: "...die Journalisten müßten die Freiheit der Berichterstattung wieder als einen wesentlichen Schwerpunkt sehen" und nicht die Möglichkeit, eigene Auffassungen vor einem Millionenpublikum darzustellen. Das Publikum dürfe nicht mit Meinungen überfallen werden, "deren objektive Voraussetzungen es praktisch nicht nachprüfen kann..."

Das heißt im Klartext: Bericht - ja, Meinung - nein, schon gar keine unabhängigen, kritischen, die einer Partei nicht gefallen. Und das unter dem Deckmantel um Gefälligkeit bemühter konservativer Scheinliberalität.

Man fragt sich, was in der Bundesrepublik noch geschehen muß, um die öffentliche Meinung gegen rapide zunehmende Forderungen zum geistigen Strammstehen aufzurütteln. Daß zur Demokratie die Toleranz gegenüber Andersdenkenden gehört, daß geistige Auseinandersetzungen nicht ohne Meinungsvielfalt gedeihen, daß an Schulen, in der Arbeitswelt, an den Universitäten und in einem Teil der Medien Konflikte der Meinungsfreiheit ängstlich vermieden werden und Zivilcourage fast aus der Mode kommt - genügt das den Anpassern noch nicht?

Wohlgemerkt, es geht hier nicht um Parteibuchjournalismus der einen oder der anderen Lesart. Es geht um die Wahrung des Grundrechts nach Artikel 5 der Verfassung. Es geht darum, daß in unserem "schwierigen Vaterland" (Heinemann) aus bitterer Tradition Mitläufertum immer noch abrufbar und die freiheitliche Ordnung auf das allgemeine Verlangen nach Ordnung reduzierbar ist. Was wir brauchen, ist das Gegenteil der Forderung, die uns der Medienexperte der CDU aufischt: Mehr kritischen Disput auf sachlicher Grundlage, mehr Kontraste unabhängiger veröffentlichter Meinung und weniger narkotisierenden Einheitsbrei angepaßter Publizistik, die dem großen Scheinbedürfnis an Halbwahrheiten dient. (-/18.3.1977/kr/lo)

+ + +

Bürgerdialog zur Energiepolitik

Aufgabe und Chance für die politischen Parteien

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der SPD-Fraktion

Die Kontroversen um die Probleme der Energiepolitik in diesen Tagen und Wochen sind nicht zuletzt darin begründet, daß die Vertrauensbasis zwischen Bürgern und Politikern ins Wanken geraten ist. Gerichtsbeschlüsse und Aktionen von Bürgerinitiativen sind an die Stelle politischer Entscheidungen getreten, die in den Parteien, Regierungen und Parlamenten hätten fallen müssen. Um die Grundlagen für eine offene Diskussion über alle Fragen der Energiepolitik wieder herstellen zu helfen, ist von den Koalitionsfraktionen der SPD und FDP eine Große Anfrage zur Energiepolitik eingebracht worden, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, detailliert und im einzelnen zu allen Problemen der Energiepolitik Stellung zu nehmen.

Die Bundesregierung hatte in ihrer Regierungserklärung die Fortschreibung ihres Energieprogramms angekündigt. In Zusammenhang mit der zu erwartenden Fortschreibung soll daher der Deutsche Bundestag die Gelegenheit ergreifen, auf der Grundlage der Antworten auf diese Große Anfrage alle Probleme und Kontroversen der Energiepolitik zu beraten. Er wird dabei insbesondere die Maßnahmen diskutieren, die die Bundesregierung in ihren Antworten auf die beiden Großen Anfragen im 7. Deutschen Bundestag zu Problemen der friedlichen Nutzung der Kernenergie und zur rationellen und sparsamen Energieverwendung angekündigt hat.

Die Große Anfrage der Koalitionsfraktionen zielt jedoch nicht nur auf den Stand der Entwicklungen im Energiebereich seit 1973, sondern auch auf die künftigen Bedarfsstrukturen über das Jahr 1985 hinaus. Der Bundesregierung soll Gelegenheit gegeben werden, ihre Vorstellungen zu entwickeln, wie sie den Bedarf zu beeinflussen gedenkt, um we-

gen der immer knapper werdenden Energieträger zu einem volkswirtschaftlich vertretbaren Maß an Energieeinsparung und zu einer Drosselung der Verschwendung von Energie zu kommen.

In diesem Rahmen muß auch deutlich werden, welche Stellung die Kernenergie künftig einnehmen kann und soll. Die Probleme der Kernenergie können, obwohl sie zur Zeit im Mittelpunkt des Interesses stehen, nicht losgelöst von den anderen Fragen der Energieversorgung behandelt werden. Der Anteil, den die Kernenergie für die Energieversorgung übernehmen soll und muß, ergibt sich zwangsläufig, wenn die Anteile anderer Energieträger wie Öl, Kohle und Gas und das Maß an möglicher Stromersparnis festgelegt ist. Bei dieser Entscheidung spielen Versorgungssicherheit, Importabhängigkeit und andere Fragen eine Rolle, die allein politisch zu entscheiden sind.

Für die künftige Entscheidungspraxis ist einerseits wichtig, daß die Genehmigungsverfahren für Kraftwerke nicht durch Gerichtsbeschlüsse über Gebühr in die Länge gezogen werden, um die ohnehin prekäre Arbeitsmarktsituation nicht weiter zu verschlechtern. Vielmehr sollte - und das gilt für alle Kraftwerke, nicht nur für die Kernkraftwerke - alles getan werden, um Mittel und Wege für eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren zu finden. Andererseits dürfen die Möglichkeiten der Bürger, im Genehmigungsverfahren mitzuwirken und sich rechtliches Gehör zu schaffen, nicht eingeengt oder beschnitten werden. Eine Verminderung der Spannungen zwischen diesen, zuweilen gegenläufigen Forderungen scheint nur auf dem Weg über die Parteien möglich, die sich jetzt darauf konzentrieren müssen, den Dialog mit dem Bürger zu suchen, um den ihnen vom Grundgesetz gegebenen Auftrag zu erfüllen, an der politischen Willenbildung der Bevölkerung mitzuwirken.

(-/18.3.1977/bgy/10)

+ + +

Offenheit fördert die Freundschaft

Georg Leber hat in den USA für Klarheit gesorgt

Die amerikanische Rüstungslobby hat durch ihre Leute in der Washingtoner und New Yorker Presse dafür sorgen wollen, daß des Bundesverteidigungsministers erste Kontakte mit seinem neuen US-Kollegen Harald Brown von vornherein in eine Richtung gedreht werden sollte, die dem traditionell guten deutsch-amerikanischen Verhältnis Scharten zufügen mußte, falls die Deutschen auf dieses Pferd gestiegen wären. Wen die Massivität dieses Unterfangens erstaunt, der sollte sich klar darüber werden, daß die amerikanischen Waffenbauer und ihre Vertreter im Parlament nicht nur um Heeresaufträge kämpfen, sondern auch alle Mühe haben, sich auf eine neue Lage in der NATO-Landschaft einzustellen, die das US-Monopol nicht mehr kennt. Daher das Trommelfeuer gegen den "Leopard II" und daher auch die unverfrorene Konstruktion eines Junkties mit dem Frühwarn- und Kontrollsystem AWACS.

Das Wissen um diese Problematik gehörte zum Handwerkszeug Georg Lebers, als er in die USA flog. Der Bundesverteidigungsminister, der nicht nur mit Brown, sondern auch mit Präsident Jimmy Carter und Außenminister Cyrus Vance verhandelte, hatte sich, vorgewarnt, eine gute Ausgangsposition aufgebaut. Dazu kam, daß ihm die Washingtoner Regierungsspitze die Ungetrübtheit der ausgezeichneten deutsch-amerikanischen Beziehungen versicherte, denen auch sachliche Differenzen nichts anhaben können.

Zum Thema Panzer ist nach Lebers Rückkehr festzuhalten, daß Brown die Zusicherung seines Vorgängers Rumsfeld übernahm, daß der Trend zur Durchsetzung der Standardisierung wichtiger Teile unverändert fortgesetzt wird. Der Vergleichstest ist entgegen der Lobby-Behauptung noch nicht abgeschlossen, sondern wird bis Ende 1977 fortgesetzt. Der Überbündelungscoup der Lobby ist gescheitert. Die Regierungen bleiben im Wort, und sie werden im Sinne der Bestausgestaltung der gemeinsamen NATO-Verteidigung entscheiden.

Zum Thema AWACS hat Leber unverrückbare Positionen gesetzt. Bevor sich überhaupt das Bonner Parlament mit der Sache befaßt, werden folgende Tatsachen auf dem Tisch liegen müssen: Erstens muß handfest bewiesen werden, daß das System für Mitteleuropa brauchbar ist; zweitens müssen stichhaltige Zahlen über die 100prozentige Finanzierbarkeit des Ansatzes und des Betriebes verfügbar sein. Hierzu hat Leber in Washington noch betont, daß die Bundesrepublik vor 1982 keinen Pfennig zahlen könnte, weil sonst andere wichtige Verteidigungsprojekte in schädlichen Verzug geraten würden.

Offenheit ist ein Unterpfand der Freundschaft. Leber hat in Washington offen gesprochen und fest verhandelt. Jimmy Carter, dessen Bild sich in der Bundesrepublik spürbar konturiert, wird, so darf begründet vermutet werden, dieses Verhalten schätzen.

Erhardt Eckert
(-/18.3.1977/bgy/hu)

+ + +